**Gesetz vom, mit dem das Gemeindebedienstetengesetz 1971 geändert wird
(8. Novelle)**

Der Landtag hat beschlossen:

Das Gemeindebedienstetengesetz 1971, LGBl. Nr. 13/1972, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 15/2014, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 lautet:

„(1) Dieser Teil des Gesetzes regelt das Dienstrecht der auf Grund dieses Gesetzes in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband (§ 46a Abs. 1) stehenden Personen, soweit die §§ 1 und 5 des Gemeindebediensteten-Überleitungsgesetzes 2014 - GemBÜG 2014 nicht anderes bestimmen.“

2. Die §§ 5 bis 7 entfallen.

3. Die Überschrift des 3. Abschnittes lautet:

**„3. Abschnitt
Ausbildung der Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten“**

4. §§ 11 bis 13 lauten:

„§ 11

Grundausbildung

(1) Die dienstliche Ausbildung der Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten richtet sich nach den sinngemäß anzuwendenden Bestimmungen des 4. Abschnittes des 1. Hauptstückes des Landesbeamten-Dienstrechtsgesetzes 1997 - LBDG 1997, LGBl. Nr. 17/1998, nach Maßgabe der Abs. 2 bis 5 und des § 12.

(2) Die Gemeindebeamtinnen und -beamten sind verpflichtet, innerhalb von vier Jahren nach Beginn des Dienstverhältnisses eine Grundausbildung zu absolvieren.

(3) Die Grundausbildung ist durch Verordnung der Landesregierung zu regeln. In dieser Verordnung ist bei der Festlegung der Gegenstände des Ausbildungslehrganges und der Prüfungsgegenstände auf die von der Gemeinde zu vollziehenden Rechtsvorschriften besonders Bedacht zu nehmen. Vor Erlassung dieser Verordnung sind die Interessensvertretungen der Gemeinden und der Gemeindebediensteten zu hören.

(4) Der Dienstgeber hat dafür zu sorgen, dass den Gemeindebeamtinnen und -beamten die Grundausbildung so rechtzeitig vermittelt wird, dass sie die Dienstprüfung innerhalb der gesetzlichen oder vertraglichen Frist ablegen können.

(5) Die Frist zur Absolvierung der Grundausbildung nach Abs. 2 verlängert sich um
1. höchstens drei Jahre

- a) um Zeiten eines Beschäftigungsverbots nach den §§ 3 bis 5 des Mutterschutzgesetzes 1979 - MSchG oder nach den §§ 4 bis 7 des Burgenländischen Mutterschutz- und Väter-Karenzgesetzes - Bgld. MVKG, LGBl. Nr. 16/2005, und einer Karenz nach dem Bgld. MVKG,
 - b) beim Zusammentreffen von Zeiten nach lit. a mit Zeiten nach Z 2, wobei Zeiten nach Z 2 bis zu zwei Jahren berücksichtigt werden dürfen;
2. höchstens zwei Jahre
- a) um Zeiten der Leistung des Präsenz- oder Ausbildungs- oder Zivildienstes,
 - b) um Zeiten eines Karenzurlaubs nach § 92 LBDG 1997, der zur Ausbildung der Gemeindebeamtinnen und -beamten für ihre dienstliche Verwendung gewährt worden ist.

§ 12

Gemeindeverwaltungsdienstprüfung

(1) Die Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten haben die Gemeindeverwaltungsdienstprüfung vor der beim Amt der Landesregierung eingerichteten Prüfungskommission für die Gemeindeverwaltungsdienstprüfung abzulegen.

(2) Die Prüfungskommission besteht aus einer oder einem rechtskundigen Vorsitzenden oder einer rechtskundigen Stellvertreterin oder einem rechtskundigen Stellvertreter und drei weiteren Mitgliedern, die von der Landesregierung auf die Dauer von fünf Jahren zu bestellen sind. Für jedes Mitglied ist in derselben Weise und für dieselbe Dauer ein Ersatzmitglied für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die oder der Vorsitzende, deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter und ein Mitglied sind dem Stand der Landesbediensteten, die zwei anderen Mitglieder dem Stand der Gemeindebediensteten zu entnehmen. Ein Mitglied muss mindestens vier Jahre als Standesbeamtin oder Standesbeamter in einer Gemeinde des Burgenlandes tätig gewesen sein.

(3) Bei Stimmgleichheit der von der Prüfungskommission gefassten Beschlüsse gilt jene Meinung als angenommen, für die die oder der Vorsitzende gestimmt hat.

§ 13

Ständige Fortbildung

(1) Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte sollen aus eigenem Bemühen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten fortwährend erweitern und vertiefen und jene Fortbildungsveranstaltungen besuchen, die sie in die Lage versetzen, ihre dienstlichen Aufgaben besser und erfolgreicher zu erfüllen.

(2) Die Gemeinde kann - wenn es die dienstlichen Interessen erfordern - verlangen, dass Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte während der Dienstzeit an Fortbildungs- und Lehrveranstaltungen, in denen die für die Wahrnehmung ihrer dienstlichen Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, ergänzt und erweitert werden, teilnehmen und diese Veranstaltungen erforderlichenfalls auch mit einer Prüfung abschließen. Die Gemeindebeamtinnen oder Gemeindebeamten sind verpflichtet, einem derartigen Verlangen zu entsprechen.

(3) Sofern dem nicht wichtige dienstliche Interessen entgegenstehen, ist seitens der Gemeinde sicherzustellen, dass Gemeindebedienstete des Entlohnungsschemas I an mindestens drei Fortbildungsveranstaltungen pro Jahr teilnehmen.“

5. Die §§ 14 bis 16a entfallen.

6. § 22 Abs. 2 lit. a entfällt.

7. In § 22 Abs. 3 entfällt der zweite Satz.

8. § 25 Abs. 2 Z 3 entfällt.

9. § 31 Abs. 1 lautet:

„(1) Dieser Teil des Gesetzes regelt die Rechtsverhältnisse der in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband (§ 46a Abs. 1) stehenden Personen (Gemeindevertragsbedienstete), soweit § 1 des Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes 2014 – Bgld. GemBG 2014 und § 1 GemBÜG 2014 nicht anderes bestimmen.“

10. § 32 lautet:

„§ 32

Anwendung anderer landesgesetzlicher Vorschriften

(1) Soweit im Folgenden nicht anderes bestimmt wird, sind auf die Gemeindevertragsbediensteten (§ 31 Abs. 1) die Bestimmungen des Bgld. GemBG 2014 anzuwenden. § 14 Abs. 2 Bgld. GemBG 2014 ist auf Sonderverträge, die vor dem 1. Jänner 2015 abgeschlossen wurden, nicht anzuwenden. Auf die Gemeindevertragsbediensteten (§ 31 Abs. 1) mit Ausnahme jener, die als Lehrerinnen oder Lehrer, Erzieherinnen oder Erzieher oder Freizeitpädagoginnen oder Freizeitpädagogen im Betreuungsteil ganztägiger Schulformen (Betreuungspersonen) verwendet werden, ist jedoch § 15 Abs. 2, 4 und 5 nicht und § 62 Abs. 5 nur über Antrag der oder des Gemeindevertragsbediensteten anzuwenden. Anstelle der §§ 55 bis 58, 60 und 68 Bgld. GemBG 2014 sind die §§ 20 bis 25 und 46 Abs. 2 des Burgenländischen Landesvertragsbedienstetengesetzes 2013 – Bgld. LVBG 2013, LGBl. Nr. 57/2013, sowie die §§ 33 und 115 LBBG 2001 sinngemäß anzuwenden. Auf Betreuungspersonen ist das VII. Hauptstück des Bgld. GemBG 2014 mit jenen Abweichungen anzuwenden, die für sie dienstvertraglich am 31. Dezember 2014 gegolten haben. § 9 GemBÜG 2014 wird hiedurch nicht berührt.

(2) Bei der Anwendung des Bgld. GemBG 2014 entsprechen

der Entlohnungsgruppe a	die Entlohnungsgruppe gv1
der Entlohnungsgruppe b	die Entlohnungsgruppe gv2
der Entlohnungsgruppe c	die Entlohnungsgruppe gv3
der Entlohnungsgruppe d	die Entlohnungsgruppe gv4
der Entlohnungsgruppe e	die Entlohnungsgruppe gv5
der Entlohnungsgruppe p1	die Entlohnungsgruppe gh1
der Entlohnungsgruppe p2	die Entlohnungsgruppe gh2
der Entlohnungsgruppe p3	die Entlohnungsgruppe gh3
der Entlohnungsgruppe p4	die Entlohnungsgruppe gh4
der Entlohnungsgruppe p5	die Entlohnungsgruppe gh5.“

11. Der III. Teil mit den §§ 33 bis 37 entfällt.

12. § 38 Abs. 1 lautet:

„(1) Auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Freistadt Eisenstadt und zur Freistadt Rust stehenden Personen sind, soweit im Folgenden und in den §§ 1 und 5 GemBÜG 2014 nicht anderes bestimmt wird, die für das Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrecht der öffentlich-rechtlichen Bediensteten des Landes maßgebenden Gesetze in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß anzuwenden.“

13. § 39 Abs. 1 lautet:

„(1) Auf die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Freistadt Eisenstadt und zur Freistadt Rust stehenden Personen sind das Bgld. LVBG 2013 und § 32 sinngemäß anzuwenden, soweit § 1 Bgld. GemBG 2014 und § 1 GemBÜG 2014 nicht anderes bestimmen.“

14. In § 39 Abs. 2 wird das Zitat „Vertragsbedienstetengesetzes 1948 (§ 53 Abs. 4)“ durch das Zitat „Bgld. LVBG 2013“ ersetzt.

15. § 46 lautet:

„§ 46

Verweisungen auf andere Gesetze

(1) Soweit in diesem Gesetz auf andere Landesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, sind diese in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Soweit in diesem Gesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird und nicht ausdrücklich anderes bestimmt wird, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung und mit folgendem Titel anzuwenden:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz - ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 46/2014,

2. Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 - VVG, BGBl. Nr. 53/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 33/2013,
3. Betriebspensionengesetz - BPG, BGBl. Nr. 282/1990, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2013,
4. Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl. Nr. 221/1979, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 138/2013.“

16. Nach § 46 wird folgender § 46a eingefügt:

„§ 46a

Übergangsbestimmungen zur 8. Novelle, LGBl. Nr. xx/xxxx

(1) Die auf Grund des § 33 in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung gebildeten Gemeindeverbände sind nach diesem Zeitpunkt Gemeindeverbände im Sinne des Bgld. Gemeindeverbandsgesetzes, LGBl. Nr. 20/1987.

(2) § 5 in der am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung ist auch nach diesem Zeitpunkt auf Gemeinden und Gemeindeverbände anzuwenden, solange deren Dienststand zumindest eine Beamtin oder ein Beamter angehört. Die Zahl der Dienstposten darf gegenüber der am 31. Dezember 2014 systemisierten Zahl nicht erhöht werden. Im Dienstpostenplan ist ein Dienstposten für eine Leiterin oder einen Leiter des Gemeindeamtes nur vorzusehen, wenn eine Beamtin oder ein Beamter zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes bestellt ist oder bestellt werden soll.

(3) § 154 Bgld. GemBG 2014 ist auf die dienstliche Ausbildung der Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der in § 15 Abs. 3 Bgld. GemBG 2014 vorgesehenen Verordnung die in § 11 Abs. 3 dieses Gesetzes vorgesehene Verordnung und an die Stelle der Entlohnungsgruppe gv2 (§ 154 Abs. 3 Bgld. GemBG 2014) die Verwendungsgruppe B tritt.“

17. Dem § 47 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 1 Abs. 1, die Überschrift des 3. Abschnittes, §§ 11 bis 13, § 22 Abs. 2 und 3, § 31 Abs. 1, §§ 32, 38 Abs. 1, §§ 39, 46 und 46a Abs. 2 und 3 mit 1. Jänner 2015; gleichzeitig entfallen die §§ 5 bis 7, 14 bis 16a und 25 Abs. 2 Z 3,
2. § 46a Abs. 1 mit 1. Jänner 2016; gleichzeitig entfällt der III Teil mit den §§ 33 bis 37.“

Vorblatt

Problem:

Der gleichzeitig eingebrachte Entwurf eines Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes 2014 - Bgld. GemBG 2014 sieht eine weitreichende Reform des Dienst- und Besoldungsrechts der Bediensteten in den Gemeinden, Gemeindeverbänden, Verwaltungsgemeinschaften und Städten mit eigenem Statut vor. Das Gemeindebedienstetengesetz 1971, das weiterhin für jene Gemeindebediensteten gelten soll, die nicht in das Bgld. GemBG 2014 übergeleitet werden, wäre an die Neuregelungen anzupassen.

Ziel:

Weitestgehende Harmonisierung des Dienstrechts der der Anwendung des Gemeindebedienstetengesetzes 1971 auch in Zukunft unterliegenden Bediensteten mit dem Dienstrecht der Gemeindebediensteten im Sinne des Bgld. GemBG 2014.

Lösung und Inhalt:

- Anwendbarerklärung der meisten Bestimmungen des Bgld. GemBG 2014 auch auf jene Gemeindevertragsbediensteten, die nicht in das neue Dienst- und Besoldungsrecht optieren
- Neuregelung der dienstlichen Ausbildung in Anlehnung an die Bestimmungen im Bgld. GemBG 2014
- Anpassung der Bestimmungen über den besonderen Dienstpostenplan an die Abschaffung der Pragmatisierung im Gemeindedienst
- Umwandlung der Gemeindeverbände nach dem Gemeindebedienstetengesetz 1971 in solche nach dem Burgenländischen Gemeindeverbandsgesetz
- Aufhebung von Bestimmungen, insbesondere in Bezug auf Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte sowie auf Gemeindeverbände, die durch die Neuregelung des Dienstrechts der Gemeindebediensteten obsolet geworden sind.

Alternativen:

Keine.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe die Darstellung der finanziellen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zum Entwurf eines Bgld. GemBG 2014.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Burgenland:

Keine

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Der Gesetzesentwurf steht im Einklang mit den Rechtsvorschriften der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Der vorliegende Gesetzesentwurf enthält weder Verfassungsbestimmungen noch ist eine Mitwirkung von Bundesorganen an der Vollziehung vorgesehen.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

A. Hauptgesichtspunkte des Entwurfes

1. Aufhebung jener Bestimmungen, die auf Grund der Reform des Gemeindedienstrechts, insbesondere der Abschaffung der Pragmatisierung, ab 1. Jänner 2015 nicht mehr anwendbar sind.
2. Anpassung der Bestimmungen über den besonderen Dienstpostenplan an die Neuregelung des Dienstrechts und die Abschaffung der Pragmatisierung.
3. Neuregelung des Ausbildungs- und Prüfungswesens auch für Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte.
4. Wegfall der Bedingung der Gemeindeamtsleitung als Voraussetzung für die Übernahme des Pensionsmehraufwandes durch das Land im Fall der Beförderung in die Dienstklasse VIII.
5. Anwendbarerklärung des Bgld. GemBG 2014 auch auf jene Gemeindevertragsbediensteten, die nicht in das neue Dienstrecht optieren, unter Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Vertrauensschutzes.
6. Umwandlung aller auf Grund des § 33 des Gemeindebedienstetengesetzes 1971 gebildeten Gemeindeverbände in Gemeindeverbände nach dem Burgenländischen Gemeindeverbandsgesetz unter gleichzeitiger Berücksichtigung einer Vorbereitungszeit von einem Jahr für den Abschluss der erforderlichen Vereinbarungen, insbesondere betreffend die Satzung und Kostentragung, die Bestellung der Verbandsorgane und die Einholung der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

B. Finanzielle Auswirkungen

Siehe die Darstellung der finanziellen Auswirkungen aller im Zusammenhang mit der Reform des Gemeindedienstrechts vorgeschlagenen Maßnahmen im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zum Entwurf eines Burgenländischen Gemeindebedienstetengesetzes 2014.

C. Kompetenzgrundlage

Die Zuständigkeit zur Erlassung dieses Gesetzes ergibt sich aus Art. 21 B-VG.

II. Besonderer Teil

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes wird bemerkt:

Zu Z 1 und 12 (§ 1 Abs. 1 und § 38 Abs. 1):

Durch diese Bestimmungen wird klargestellt, dass auf das Dienstverhältnis jener Beamtinnen und Beamten von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Freistädten, die eine Optionserklärung im Sinne des § 2 Abs. 1 GemBÜG 2014 abgeben, ab dem Wirksamwerden der Erklärung das Bgld. GemBG 2014 anzuwenden ist. Den Wirksamkeitsbeginn der Optionserklärung sowie das rechtliche Schicksal des bisherigen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses regelt das Gemeindebediensteten-Überleitungsgesetz 2014 - GemBÜG 2014.

Zu Z 2 und 8 (§§ 5 bis 7 und 25 Abs. 2 Z 3):

Auf Grund der Abschaffung der Pragmatisierung im Gemeindedienst werden jene Bestimmungen des Gemeindebedienstetengesetzes 1971, die die Neuanstellung von Gemeindebeamtinnen und -beamten regeln, obsolet. Die §§ 5 (Dienstpostenplan für Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte), 6 (Ausschreibung der Stelle einer Gemeindebeamtin oder eines Gemeindebeamten) und 7 (Angelobung von Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten) werden daher aufgehoben. Hinsichtlich des besonderen Dienstpostenplanes sieht Z 13 dieser Novelle Übergangsbestimmungen vor, da für Gemeindebeamtinnen und -beamte, die ihr Optionsrecht nicht ausüben, auch weiterhin stellenplanmäßig vorgesorgt werden muss.

Zu Z 3, 4 und 5 (§§ 11 bis 16a):

Die Z 3, 4 und 5 dieser Novelle regeln die dienstliche Ausbildung (Grundausbildung) jener Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten, die in ihrem vor dem 1. Jänner 2015 begründeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis verbleiben. Im Interesse der Vereinheitlichung der gesamten dienstlichen Ausbildung in den Gemeinden sollen auch auf die im System-alt verbleibenden Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten die neuen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften (§§ 15 ff Bgld. GemBG 2014) Anwendung finden. Aus Gründen des leichteren Auffindens dieser Bestimmungen wird nicht auf das Bgld. GemGB 2014 verwiesen, sondern die entsprechenden Regelungen werden im Gemeindebedienstetengesetz 1971 selbst getroffen. Die von der Landesregierung gemäß § 15 Abs. 3 Bgld. GemBG 2014 zu erlassende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung hat auch die Grundausbildung und die Prüfungsgegenstände aller Gemeindebeamtinnen und -beamten zu regeln (§ 11 Abs. 3 des Gemeindebedienstetengesetzes 1971). Übergangsbestimmungen in Bezug auf die dienstliche Ausbildung enthält Z 16 dieser Novelle (§ 46a Abs. 3 des Gemeindebedienstetengesetzes 1971).

Zu Z 6 und 7 (§ 22 Abs. 2 und 3):

Gemäß § 22 Abs. 1 des Gemeindebedienstetengesetzes 1971 hat das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden den Aufwand zu ersetzen, der durch die Anwendung der für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten geltenden pensionsrechtlichen Bestimmungen auf Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte und deren Hinterbliebene erwächst. Den mit der Beförderung in die Dienstklasse VII verbundenen Pensionsmehraufwand hat das Land nur dann zu ersetzen, wenn die Gemeindebeamtin oder der Gemeindebeamte Leiterin oder Leiter des Gemeindeamtes ist. In diesem Fall vermindert sich allerdings auch der von der Gemeinde gemäß § 22 Abs. 3 zu leistende Beitrag zur Deckung des Pensionsaufwandes.

Der vorliegende Entwurf sieht den Entfall der Gemeindeamtsleitung als Voraussetzung für die Tragung der Pensionsaufwandsdifferenz zwischen der Dienstklasse VI und der Dienstklasse VII vor. Die Regelung wird weitgehend kostenneutral sein, da dem Pensionsmehraufwand des Landes höhere Deckungsbeiträge der Gemeinden und der Wegfall des nicht unerheblichen Vollzugs- und Verrechnungsaufwandes gegenüberstehen. Im Übrigen wird sich die Änderung der Rechtslage nur auf eine sehr geringe Zahl von Gemeinden und von Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamten auswirken.

Zu Z 9, 13 und 14 (§ 31 Abs. 1 und § 39):

Durch diese Bestimmungen wird klargestellt, dass auf das Dienstverhältnis jener Vertragsbediensteten von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Freistädten, die eine Optionserklärung im Sinne des § 1 Abs. 1 GemBÜG 2014 abgeben, ab dem Wirksamwerden der Erklärung das Bgld. GemBG 2014 anzuwenden ist. Den Wirksamkeitsbeginn der Optionserklärung sowie das rechtliche Schicksal des privatrechtlichen Dienstverhältnisses regelt das GemBÜG 2014.

Zu Z 10 (§ 32):

Nach der geltenden Rechtslage (§ 32 Abs. 1 des Gemeindebedienstetengesetzes 1971) sind auf die Gemeindevertragsbediensteten die Bestimmungen des Burgenländischen Landesvertragsbedienstetengesetzes 2013 (siehe § 124 Abs. 1 Bgld. LVBG 2013) sinngemäß anzuwenden, soweit gesetzlich nicht

anderes bestimmt ist. Um im Interesse einer Minimierung des Verwaltungsaufwandes zu vermeiden, dass die Gemeinden ab 1. Jänner 2015 zwei verschiedene Vertragsdienstrechte - für die Nichtoptanden das Gemeindebedienstetengesetz 1971 und das Bgld. LVBG 2013 und für die Optanden sowie für alle neuen Bediensteten das Bgld. GemBG 2014 - anzuwenden haben, wird die Geltung des Bgld. GemBG 2014 auch auf jene Gemeindevertragsbediensteten angeordnet, die bereits vor dem 1. Jänner 2015 in den Gemeindedienst eingetreten sind und ihr Optionsrecht nicht ausüben. Ausgenommen werden nur jene Teile des Bgld. GemBG 2014, die die Besoldung neu regeln, und die zu einer Verschlechterung der bezugsrechtlichen Stellung der Gemeindevertragsbediensteten führen könnten. Gleiches gilt für die Grundausbildung, die für „Altbedienstete“ weiterhin nicht verpflichtend sein soll. Die Anwendung dieser bezugs- und ausbildungsrechtlichen Bestimmungen des Bgld. GemBG 2014 setzt somit eine Ausübung des Optionsrechtes voraus. Für Gemeindebedienstete in der Nachmittagsbetreuung an Schulen (Betreuungspersonen) wird festgelegt, dass - soweit sie nicht ohnehin gemäß § 9 GemBÜG 2014 ex lege übergeleitet werden - ebenfalls der Anwendung des Bgld. GemBG 2014 unterfallen. Entgegenstehende günstigere dienstvertragliche Vereinbarungen - insbesondere in Bezug auf Einstufung, Beschäftigungsausmaß und Urlaub - bleiben allerdings aus Gründen des Vertrauensschutzes unberührt.

Zu Z 11 (§§ 33 bis 37):

Der III. Teil des Gemeindebedienstetengesetzes 1971 mit den §§ 33 bis 37 regelt die Bildung, Änderung, Auflösung, Organisation und Kostentragung von Gemeindeverbänden, die zur gemeinsamen Anstellung von Gemeindebediensteten, zur Besorgung der dienstrechtlichen Maßnahmen hinsichtlich dieser Bediensteten und zur Bereitstellung der erforderlichen Sachmittel gebildet werden. Auch ab 1. Jänner 2015 sollen derartige Gemeindeverbände gebildet werden können. Rechtsgrundlage hierfür soll dann allerdings das Gemeindeverbandsgesetz, LGBl. Nr. 20/1987, in der jeweils geltenden Fassung, sein. Dieses Gesetz sieht die Bildung von Gemeindeverbänden auf Grund von - genehmigungspflichtigen - Vereinbarungen von Gemeinden, durch den Gesetzgeber oder im Wege der Vollziehung durch Verordnung der Landesregierung vor. Die entsprechende Verordnungsermächtigung enthält das Bgld. GemBG 2014 in § 137 Abs. 2. Übergangsbestimmungen für bestehende Gemeindeverbände sieht Z 16 dieses Gesetzesentwurfes vor.

Zu Z 15 (§ 46):

Jene Bundesgesetze, auf die im Gemeindebedienstetengesetz 1971 verwiesen wird, werden ergänzt und in ihrer aktuellen Fassung angeführt.

Zu Z 16 (§ 46a):

Abs. 1 erklärt alle gemäß § 33 gebildeten Gemeindeverbände zu Gemeindeverbänden im Sinne des Gemeindeverbandsgesetzes. Da die Umwandlung gewisser Vorbereitungen bedarf (zB Vereinbarung einer Satzung, Bestellung der Verbandsorgane, Regelung der Kostentragung), soll sie erst mit 1. Jänner 2016 in Kraft treten (§ 47 Abs. 6 Z 2).

Abs. 2 verpflichtet jene Gemeinden und Gemeindeverbände, bei denen noch eine Beamtin oder ein Beamter aktiv tätig ist, weiterhin eine entsprechende Anzahl von Dienstposten im besonderen Dienstpostenplan vorzusehen. Der besondere Dienstpostenplan kann auch weiterhin, etwa im Zuge von Beförderungen, durch Systemisierung neuer Dienstposten und Einziehung bereits systemisierter Dienstposten geändert werden. Eine Erhöhung der Zahl der unmittelbar vor dem Inkrafttreten dieser Novelle systemisierten Dienstposten wird ausdrücklich verboten, kommt aber im Hinblick auf das in § 1 Abs. 3 Bgld. GemBG 2014 grundlegende Pragmatisierungsverbot ohnehin nicht in Betracht. Die in § 5 Abs. 1 in der aktuellen Fassung normierte Verpflichtung, im besonderen Dienstpostenplan mindestens einen Dienstposten für eine Leiterin oder einen Leiter des Gemeindeamtes vorzusehen, besteht grundsätzlich auch weiterhin, allerdings nur dann, wenn eine Beamtin oder ein Beamter diese Funktion ausübt. Daraus folgt, dass in Gemeinden mit mehreren Beamtinnen oder Beamten nach der Pensionierung der beamteten Leiterin oder des beamteten Leiters des Gemeindeamtes nicht zwingend eine oder einer der anderen noch vorhandenen Beamtinnen oder Beamten zur Leiterin oder zum Leiter bestellt werden muss. Vielmehr soll es der Gemeinde überlassen bleiben, eine Gemeindevertragsbedienstete oder einen Gemeindevertragsbediensteten oder eine Gemeindebedienstete oder einen Gemeindebediensteten im Sinne des Bgld. GemBG 2014 zur Leiterin oder zum Leiter des Gemeindeamtes zu bestellen. Gleiches soll auch gelten, wenn die Leiterin oder der Leiter des Gemeindeamtes im Wege einer qualifizierten Verwendungsänderung von ihrer oder seiner Funktion abberufen wird.

Abs. 3 enthält Übergangsbestimmungen im Zusammenhang mit der Neuregelung der dienstlichen Ausbildung der Gemeindebeamtinnen und -beamten. Bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Grundausbildungsverordnung der Landesregierung sind auf die Grundausbildung und die Dienstprüfung die

bisherigen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften des Gemeindebedienstetengesetzes 1971 sowie des LBDG 1997 anzuwenden. Weiters wird sichergestellt, dass erfolgreich abgeschlossene Grundausbildungen nach den bisherigen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften unabhängig davon, ob sie vor oder nach dem Inkrafttreten dieser Novelle abgeschlossen wurden, die Grundausbildung nach dem Gemeindebedienstetengesetz 1971 zur Gänze ersetzen. Gemeindebeamtinnen und Gemeindebeamte, die vor dem Inkrafttreten der Grundausbildungsverordnung der Landesregierung einen Teil der Grundausbildung nach geltendem Recht bereits absolviert haben, müssen nur mehr die fehlenden Prüfungsabschnitte auf der Grundlage der neuen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften ablegen.

Zu Z 17 (§ 47 Abs. 6):

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.